

Petition und Stellungnahme von 80 Kinaesthetics Trainer*innen an den deutschen Bundestag zur aktuellen Entwicklung im Gesundheitswesen

§1 des Grundgesetzes

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Mit großer Sorge und Betroffenheit beobachten wir in den Einrichtungen des Gesundheitswesens in Deutschland einen zunehmend würdeloserem Umgang mit den beteiligten Akteuren im Gesundheitswesen, der sich in den vergangenen Jahren extrem verstärkt hat!

Insbesondere die Mitarbeiter in den stationären Einrichtungen erfahren dies an deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen. Immer weniger Personal muss mehr Patienten/Bewohner betreuen. An diesen Rahmenbedingungen ändern auch die angekündigten Gesetzesinitiativen des Bundesgesundheitsministeriums kaum etwas. Insbesondere die mit großem Medienbeifall aufgenommenen 13.000 zusätzlichen Stellen in der Altenpflege erscheinen eher als ein Angebot für ein „Stillhalteabkommen“.

Die Rahmenbedingungen lassen ein Arbeiten in Würde kaum noch zu. Die Patienten/Bewohner erfahren zunehmend einen Umgang, der mit der Forderung des §1 des Grundgesetzes unvereinbar ist. Durch den hohen Druck auf die Einrichtungen kommt es zu schwerwiegenden Auswirkungen, die meistens der Patient/Bewohner aushalten muss. Bereits jetzt sterben und leiden in unseren stationären Einrichtungen tausende Betroffene an den Folgen dieser Politik.

Es erscheint uns geradezu naiv zu glauben, die in Teilzeit arbeitenden Pflegekräfte wären durch die angekündigten Maßnahmen wieder bereit, mehr zu arbeiten.

Wir erkennen an, dass es insbesondere im häuslichen Bereich Verbesserungen gab. Gleichwohl liegen uns die stationär arbeitenden KollegInnen sowie deren Klient*Innen nahe.

Folgen sind:

- **Starke Zunahme an Fehlern in unterschiedlichsten Bereichen; insbesondere im Bereich der Hygiene!**

Die kaum objektivierbare Zahl von vermeidbaren Todesfällen, Komplikationen und Leid der Betroffenen geht in die Tausende. So können Menschen keine angemessene Unterstützung bei der Nahrungsaufnahme erhalten; negative Entwicklungen bei Betroffenen werden nicht rechtzeitig bemerkt und Fehler durch Übermüdung und Überarbeitung nehmen zu. Täglich sterben in unserem Land Menschen an den stillen Folgen solcher Ereignisse.

- Eine angemessene körperliche und psychische Begleitung und Unterstützung bei Rehabilitationsprozessen geraten zunehmend in den Hintergrund. Insider sprechen bereits jetzt von einer kaum noch stattfindenden Rehabilitation. Die Folgen verlagern sich so zunehmend in den häuslichen Bereich.
- Würdeverletzende Situationen nehmen zu (haben Sie schon mal ins „Bett“ machen müssen, weil die Pflegekraft es nicht rechtzeitig geschafft hat zu kommen?).
- Menschliche Zuwendung, insbesondere in schwierigen und belastenden Situationen ist nicht mehr möglich. Betroffene, die hier auf kein privates Unterstützungssystem zurückgreifen können, verelenden in Einsamkeit.
- Die politisch gewollte zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung der letzten Jahre haben die Arbeitsbedingungen auf dem Rücken eines Großteils der Mitarbeiter verschärft. Es ist geradezu auffällig, dass die neuen Vorschläge aus dem Bundesgesundheitsministerium grundsätzliche Fehlsteuerungen im System nicht korrigiert und angeht.

Dies zeigt Auswirkungen. **So stieg die Krankheitsrate der im Gesundheitswesen Beschäftigten an** (sie liegt weit über dem Bundesdurchschnitt).

Die gesellschaftspolitisch verständliche Erhöhung der Lebensarbeitszeit stößt jedoch bei Mitarbeitern dieser Berufsgruppen auf eine nicht verschiebbare Grenze. Bei solch einer körperlich schweren und psychisch belastenden Arbeit wie dies in vielen helfenden Berufen der Fall ist, ist es kaum noch möglich, lange genug und gesund zu arbeiten, um schon das bisherige Rentenalter unbeschadet zu erreichen. In diesen Fällen führt die Ausdehnung der Arbeitszeit zu einer dramatischen Rentenkürzung. So werden die Helfer für ihren Einsatz mehrfach bestraft. Zunächst erhalten sie über viele Jahre eine unzureichende Entlohnung, was dazu führt, dass sie nur niedrige Rentenanwartschaften ansparen können. Werden sie dann infolge der über Jahre hohen körperlichen Belastung krank, müssen sie weitere Kürzungen hinnehmen, da sie in Frührente gehen und dabei zusätzliche Rentenkürzungen in Kauf nehmen müssen. Durch den relativ geringen Lohn konnten sie darüber hinaus keine von der Politik geforderten privaten Anwartschaften aufbauen. Etwaige moderate Lohnerhöhungen werden dann durch die Steuerprogression teilweise geschluckt.

Fachkräfte wandern zunehmend in Nachbarländer ab, wo sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Bezahlung deutlich besser sind.

Da sich solche Bedingungen herumsprechen, führt die zunehmende Unattraktivität der „helfenden Berufe“ dazu, dass immer weniger Menschen für diese Berufe entscheiden. In vielen Regionen Deutschlands führt dies bereits zum

Fachkräftemangel. Der demographische Wandel wird diesen Effekt verstärken. **Mittelfristig ist eine dramatische Reduzierung auch des medizinischen Leistungsangebotes und Leistungsvermögens zu befürchten.** Schon heute suchen Personalverantwortliche dringend Nachwuchs für unterschiedliche Stationen.

Der in den letzten Jahren extrem gestiegene Verwaltungsaufwand (Dokumentationspflichten) nimmt von den ohnehin reduzierten Humanressourcen einen wesentlichen Teil weg.

Vielerorts müssen Pflegende bereits mehr dokumentieren als pflegen. Abgesehen davon, dass das gesamte geschriebene Material unmöglich gelesen und überprüft werden kann, nährt es die Illusion, dass das Geschriebene auch tatsächlich getan wurde. Die tägliche absurde Verwaltung dieses Misstrauens erdrückt die Arbeitenden und produziert Ineffizienz. Die bereits lange angekündigte Entbürokratisierung findet nicht statt. In der Praxis überwiegt ein gegenteiliger Trend, der zur Einführung immer neuer Dokumente führt. Im Rahmen des Qualitätsmanagements versuchen Krankenhäuser mit immer mehr Papier die Qualität zu beweisen. Tatsächlich entsteht unter internen Kennern des Gesundheitswesens zunehmend der Eindruck, dass es hier darum geht, dass nahezu unvermeidbar scheinende Absinken der Qualität durch einen enormen Schub an mehr Bürokratie einigermaßen kontrolliert stattfinden zu lassen. Ziel scheint es dabei zu sein, einen schleichenden Prozess des Abbaus möglichst von der Öffentlichkeit unbemerkt voranzutreiben. Diese Phänomene beobachten wir auch bei den überregulierten Altenheimen, wo sich die Politik seit vielen Jahren gegen verbindliche Einführung von Stellenplänen gewehrt hat.

Wenn Politiker darauf verweisen, dass wir nach wie vor ein gutes Gesundheitswesen haben, steht dies dem tatsächlichen Erleben der Mitarbeiter sowie sehr vieler Patienten und Bewohner im Gesundheitswesen täglich konträr gegenüber. Dies kann nur dadurch erklärt werden, dass sich wieder einmal die Realität von Politikern von der Realität im Alltag des Gesundheitswesens abgekoppelt hat.

Als Kinaestheticstrainer*innen beschäftigen wir uns in Bildungen mit der Kompetenzerweiterung von Pflegefachkräften. Lernen braucht aber Zeit und Raum. Der steht Lernenden immer weniger zur Verfügung, wodurch der Kompetenzaufbau erschwert ist.

Wir fordern daher die verantwortlichen Akteure im Gesundheitswesen dazu auf, die Bedingungen im Gesundheitswesen so zu verändern, dass sie den Forderungen des Grundgesetzes entsprechen.

Insbesondere

- müssen die Stellenpläne der Pflege- und Betreuungskräfte nach Jahren der Ausdünnung wieder aufgestockt und verbindlich festgesetzt werden.
- muss verhindert werden, dass private Krankenhaus- und Heimbetreiber auf Kosten von Personal, Essens- und Betreuungsqualität Rendite an Aktionäre ausschütten.
- sind die Aufsichtsbehörden (MDK und Heimaufsicht) aufgefordert, die Anforderungen an die Dokumentationen deutlich zu reduzieren.
- müssen die Krankenkassen ebenfalls zu Verfahrensweisen kommen, den Leistungserbringern weniger Dokumentation abzufordern. Als Vertreter der Versicherten tragen sie mit ihrem Verhalten gleichzeitig dazu bei, dass die Qualität möglicher Leistungen gerade für ihre Versicherten deutlich abnimmt. Dies kann weder im Interesse der Kasse noch im Interesse ihrer Versicherten sein.
- dürfen die Anforderungen an die Pflegeausbildungen nicht weiter herabgesetzt werden.

Der Reifegrad einer Zivilisation bemisst sich unter anderem daran, wie eine Gesellschaft mit ihren Kranken und Schwachen umgeht!

Dezember 2018

Namen der Unterzeichner:

Axel Enke, Petra Großheim, Dagmar Jordan, Jörg Lehmann, Ines Pillat-May, Monika Rohrlack, Johanna Thesing, Thomas Thalwitzer, Angelika Hinz, Barbara Stahl, Cornelia Gödde, Stefan Frechen, Sylvia Jaster, Heide Hartwig, Winfried Geulen, Holger Rönsch-Braun, Waltraud Krämer, Christiane Mäkler, Oliver Ellerbrock, Stefan Giray, Franziska Prinzing, Britta Scholz, Birgit Schumm, Nicole Kappler, Hermann Glaser, Regina Spielberg-Oertwig, Karl Baumann, Renate Simon, Susanne Würtz, Peter Webert, Sigrid Garbade, Elisabeth Meißner, Mandy Appelhans, Sindy Götschelt-Mittag, Brigitte Krügel, Sonja Ramsayer, Andrea Mezger, Siegrun von den Driesch, Uwe Wagner, Helmut Eins, Meike Bartels-Damhuis, Tanja Graßl, Gabriele Wiesmüller, Carola Khamis, Peter Sterzik, Eva-Maria Sieverding, Brigitte Scherdel, Margarete Hirsch, Christina Steiner, Lilly Braun, Eugen Grillich, Sandra Yeo, Andrea Wilhelm, Norbert Klother, Andrea Kister, Roswitha Daldrup, Angelika Ackermann, Renate Michel, Heidi Streller, Stephanie Kaller, Verena Neumann, Kirsten Gums, Irmgard Reschke, Unja Papesch, Silvia Schifferer, Dagmar Grünemay-Scheffbuch, Karsten Sick, Irmgard Reschke, Anke Püttjer, Ursula Vogel, Joy Rütther, Rita Wolf, Dagmar Kunze-Seemann, Agnes Pfeiffer, Anja Zarth, Antoinette Ender, Josefa Manderscheid, Rainer Achinger, Sibylle Löw, Elisabeth Breutmann